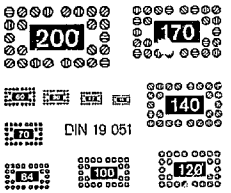

Schulungsmaterial Nr. 2.

Agrarpolitische Richtlinien der Sozialdemokratischen Partei

von Dr. Kurt Schumacher, Hannover

Herausgeber: Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Groß-Hessen, Abtlg. Informationsdienst, Frankfurt a. Main, Gutleutstraße 75.
:tlich: Karl Drott, Offenbach a. M., Herrnstr. 11. Entw.: Dr. Sr.
oldsche Buchdruckerei, Cl. Dohany Offenbach a. M. Aufl.: 3000. 2.46

15380

A15380

Material zu den Agrarpolitischen Richtlinien 1945

Nach dem Zusammenbruch der Nazi-Herrschaft ist Deutschland ein Trümmerfeld. Zerstört sind die meisten Industrieanlagen und viele Bauernhöfe. Wirtschaftsverbindungen im In- und Auslande sind zerrissen, die Wohnstätten seiner Menschen sind verwüstet und zerrüttet ist die seelische und leibliche Kraft des deutschen Volkes. Wie die äußeren Einwirkungen des Krieges dem Volke Ströme des besten Blutes entzogen haben, so haben 12 Jahre geistiger Knechtung und einer Lügenpropaganda die Ueberlebenden moralisch zerrüttet.

Für den Aufbau eines neuen Deutschlands des Friedens und der Wohlfahrt müssen nun alle Kräfte eingesetzt werden, die bei diesem Werke helfen können, aber es müssen auch alle Einflüsse rücksichtslos bekämpft und ausgeschaltet werden, die dem Neubau im Wege stehen. Dabei darf keine Zeit verloren gehen, darf keine falsche Rücksicht genommen werden, denn schon die ersten Notmaßnahmen entscheiden darüber, ob sich das deutsche Volk das zum einfachsten Leben notwendige, nämlich ausreichendes Essen, genügende Kleidung und Wohnung erarbeiten kann. Von der Planung auf längere Sicht hängt es dann ab, ob der Lebensstandard in Deutschland über die Deckung des primitivsten Bedarfes hinausgehoben werden kann bis zur Erreichung eines auf produktive Arbeit begründeten bescheidenen, aber gesicherten Wohlstandes.

Die Grundlagen sowohl für die Sicherung des Existenzminimums wie für den Wiederaufbau auf längere Sicht ist neben der Arbeitskraft der Nation der Grund und Boden, auf dem sie lebt. Nach der Verwüstung der Städte und dem Verlust der meisten industriellen Erwerbsmöglichkeiten ist heute die Landwirtschaft zum entscheidenden Faktor im Leben des deutschen Volkes geworden.

In ihrem Kampf um den Aufbau eines freien und demokratischen Reiches wird deshalb die Sozialdemokratische Partei neben der Sorge für die arbeitenden Menschen der Förderung der Landwirtschaft ihre ganze Kraft widmen. Damit setzt sie die Politik fort, die sie in der ersten Republik begonnen hatte — unbeirrt durch die Gegnerschaft der Reaktion, die mit Lüge und Verleumdung diese Politik bekämpfte, um an ihre Stelle den Junker-Skandal der Osthilfe und schließlich die völlige Knebelung der Landwirtschaft durch die Darré-Backe-Agrarpolitik zu setzen.

Die Sozialdemokratische Partei weiß, daß sie bei der Durchsetzung der Ziele ihres Agrarprogramms wieder auf ihre alten Gegner stoßen wird, die reaktionären Feinde der Demokratie und eines freien gesunden Landvolkes. Einmal nannten sie sich Konservative, dann versuchten sie, unter dem Namen Deutschnationale die Vertretung ihrer Interessen auf Kosten des ganzen Volkes, bis sie schließlich bei den Nazis landeten. Niemand weiß, in welcher Maske sie wieder auftauchen werden, aber an ihrem Hunger nach den Früchten fremder Arbeit wird man sie erkennen. Die Sozialdemokratische Partei rechnet aber auch darauf, daß die Erfahrungen der letzten Jahre weiten Kreisen der arbeitenden Landbevölkerung die Augen darüber geöffnet haben, wie schamlos man sie im politischen Schachergeschäft zwischen den Schlotbaronen und den Junkern verraten hat. Durch die Vertretung der berechtigten Interessen des arbeitenden Landvolkes will die Sozialdemokratie der Landwirtschaft den Platz im neuen Deutschland sichern, der ihr nach ihrer Bedeutung gebührt, und dem Kampf zwischen Bauern und Industriearbeitern ein Ende machen, indem sie diesen beiden wichtigsten Gruppen des

y 4531 FES 23. 1. 73

Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

Volkes zeigt, daß sie nur gemeinsame Interessen haben. Die Sozialdemokratie hofft, daß das arbeitende Landvolk auf den Trümmern seiner in schwerer Arbeit aufgebauten und jetzt durch den Wahnsinn der Nationalsozialisten zerstörten Höfe erkennen möge, daß sie als die Sachwalterin der schaffenden Menschen auch für das Landvolk die zuverlässige Führerin in eine bessere Zukunft ist.

Wie die ganze deutsche Wirtschaft, hat auch die Landwirtschaft in den Jahren der Nazi-Herrschaft und vor allem durch den von den Nazis heraufbeschworenen Krieg schwer gelitten. Viele wertvolle Menschen hat sie dem Blutrausch und der Eroberungslust geopfert, die Ueberlebenden sind durch ein Uebermaß von Arbeit unter den schwierigsten Umständen erschöpft. Zahlreiche Höfe und Aecker sind durch Kriegseinwirkungen zerstört, Betriebseinrichtungen, Maschinen, Vieh und Vorräte, die zur Weiterführung der Betriebe notwendig sind, wurden vernichtet. Zu den unmittelbaren Folgen des Krieges kommen die Verluste, die auch auf das Schuldkonto der Nazis kommen, wie die Enteignung tausender Morgen wertvollen Ackerlandes zum Bau von Kasernen, Flug- und Exerzierplätzen, Schießplätzen, Rüstungsbetrieben, Befestigungsanlagen aller Art und ähnlichen sinnlosen Einrichtungen. Auf dieses Schuldkonto ist auch die erzwungene Vernachlässigung der Gebäude und Meliorationsanlagen, des Maschinenparks und der Viehhaltung zu setzen. Berücksichtigt man schließlich den Raubbau an der alten Bodenkraft, den die Nazis durch eine hohe Rücksicht auf vernünftige wirtschaftliche Grundsätze durchgeführte Anbaupolitik erzwungen haben, ohne die nötigen Düngermengen zur Verfügung zu stellen, so ergibt sich abschließend ein trostloses Bild vom Zustande der deutschen Landwirtschaft am Ende des dritten Reiches.

Vier Milliarden Reichsmark haben die Nationalsozialisten der Landwirtschaft einmal versprochen als Entschädigung dafür, daß sie ihre Rüstungspolitik ausschließlich auf Kosten der Landwirtschaft betrieben haben. Durch die sogenannte Marktordnung hatten sie die Landwirtschaft völlig gebunden und ihre Produkte zu Preisen abgenommen, die in keinem Verhältnis zu den Preisen für Industrieerzeugnisse standen. Diesen Wechsel auf die Zukunft wollen sie mit der militaristischen Phrase „Aufrüstung des Dorfes" schmackhaft machen. Aber er blieb ebenso uneingelöst wie alle anderen Versprechungen. Der Schaden, den sie dem Dorfe durch ihre gewissenlose Politik zugefügt haben, ist dabei ungleich viel höher und bringt zusammen mit den anderen Folgen des verlorenen Krieges die Landwirtschaft an den Rand des Bankrotts. Um die deutsche Landbevölkerung aus der Gefahr der Verelendung zu retten, in die sie durch die Nazi-Mißwirtschaft zusammen mit dem ganzen Volk gekommen ist, und um der deutschen Landwirtschaft zu helfen, ihre großen Aufgaben beim Neubau des demokratischen Reiches und der Sicherung der Existenz des deutschen Volkes erfüllen zu können, hat die Sozialdemokratische Partei die folgenden Programmforderungen aufgestellt:

Bodenbenutzung

Der land- und forstwirtschaftlich nutzbare Boden ist das Grundkapital des deutschen Volkes. Seine Lebensmöglichkeiten hängen in erster Linie von den Erträgen des Bodens ab. Erste Voraussetzung für die Erhaltung der Bodenkraft und für die Erzielung ausreichender Erträge ist die menschliche Arbeitskraft. Darum müssen der Landwirtschaft so viel Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden, wie sie zur Erzielung der höchsten Erträge gebraucht. Die Feststellung der Zahl der in der Landwirtschaft einzusetzenden Menschen ist die erste Aufgabe der Planung.

Alle an der Erzeugung landwirtschaftlicher Güter mitarbeitenden Männer und Frauen sollen einen gerechten Anteil an dem Ertrage ihrer Arbeit haben. Da

bei zunehmender Größe des Betriebes die persönliche Leistung des Eigentümers im Verhältnis zu dem ihm zufallenden Gewinn immer kleiner wird, andererseits aber die Gesamtleistung der großen Betriebe für die Volkswirtschaft gemessen an der Leistung kleiner, vom Bauern selbst bewirtschafteter Betriebe abnimmt, ist das Ziel der sozialdemokratischen Bodenpolitik die Vermehrung der gesunden, auf die Selbstverantwortung des Bauern aufgebauten Höfe auf Kosten der großen Betriebe. Zu diesem Zweck sollen alle Betriebe sofort vom Staat übernommen werden, in denen wegen ihrer Größe die Arbeitskraft des Bauern und seiner Familie nicht mehr der ausschlaggebende Faktor ist. Mit dieser Maßnahme wird neben der dringend notwendigen Bodenreform zugleich noch eine politische und soziale Notwendigkeit erfüllt: Die Brechung der politischen und sozialen Macht des Großgrundbesitzes. Dieser Stand hat in der Geschichte und der wirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Volkes durch die Jahrhunderte eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Bei der selbstsüchtigen Verfolgung seiner Standesinteressen hat er die berechtigten Ansprüche aller anderen Stände durch Ausnutzung seiner politischen und wirtschaftlichen Macht rücksichtslos unterdrückt, — einschließlich der Belange der selbstarbeitenden Bauern. Seine hohen persönlichen Lebensansprüche, die in keinem Verhältnis zu seinen persönlichen Leistungen standen, hat er immer wieder auf dem Umwege über wirtschaftsschädigende Zölle, Staatskredite, einseitig für den Großbesitz betriebene Entschuldungsaktionen auf Kosten der Allgemeinheit und besonders der Bauern befriedigt. Durch seine reaktionäre Politik — besonders in Preußen und den anderen Gebieten mit vorwiegend Großgrundbesitz hat er die Kluft zwischen Stadt und Land zum Schaden für die ganze Nation immer mehr erweitert. Durch die von ihm den Landarbeitern aufgezwungenen Arbeits-, Lohn und Wohnungsverhältnisse ist er der Urheber der verderblichen Landflucht gewesen. Er ist mit seinem Anhang in den Kreisen der Berufsoffiziere und der hohen Staatsbeamten der Hort der politischen und sozialen Reaktion, die zusammen mit den eroberungssüchtigen Großverdienern in der Industrie das deutsche Volk auch jetzt wieder an den Abgrund gebracht hat, in den es nun zu versinken droht. Jeder Versuch zur Errichtung eines neuen Deutschlands ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn er nicht mit der Beseitigung dieses Krebsschadens beginnt. Das gilt auch besonders für alle Anstrengungen zum Wiederaufbau einer gesunden deutschen Landwirtschaft.

Das durch die Uebernahme der Großbetriebe freiwerdende Land darf durch die Ueberführung in andere Betriebsformen in seiner augenblicklichen Ertragshöhe nicht beeinträchtigt werden. Zu diesem Zweck sind verschiedene Wege gangbar.

1. Genossenschaftliche Bewirtschaftung durch die bisher im Betriebe beschäftigten Personen zu gleichen Rechten und Pflichten unter der Kontrolle der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung.
2. Genossenschaftliche Bewirtschaftung durch selbstarbeitende Bauern, deren Betriebe ohne ihre Schuld verlorengegangen sind.
3. Aufteilung in selbständige Höfe, wenn das unter den gegebenen Umständen ohne Schädigung der Erzeugung möglich ist. Bei der Aufteilung sind die früher im Betriebe beschäftigten Landarbeiter bevorzugt anzusetzen. Die neuen Höfe werden im Wege der Erbpacht oder in einer Form vergeben, die der Allgemeinheit die Bodenrente sichert.
4. Bewirtschaftung auf Rechnung des Staates oder der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung. In diesen Fällen ist neben einer beispielgebenden landwirtschaftlichen Betriebsführung besonderer Wert auf die mustergültige Regelung der sozialen Verhältnisse zu legen, um Vorbilder für eine neue soziale Gerechtigkeit auf dem Lande aufzubauen.

Das Eigentum der selbstwirtschaftenden Bauern an Grund, Boden und Betriebseinrichtungen bleibt unangetastet. Unbeschadet der Verpflichtung aller Bodennutzer, nach Kräften und unter Zurückstellung ihrer persönlichen Interessen

die Betriebe sachgemäß zu führen und für die Sicherstellung der Volksernährung zu sorgen. Es ist die Aufgabe des Staates, den Bauern bei der Erfüllung ihrer Verpflichtung zu helfen durch:

1. Sorge für einen stetigen Ablauf der Beziehungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern,
2. Preisregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die dem Erzeuger und allen, die an seiner Arbeit produktiv beteiligt sind, einen Lohn garantiert, der im Rahmen der allgemeinen Einkommensverhältnisse gerecht ist,
3. Maßnahmen, die eine Wirtschaftsführung auf lange Sicht ermöglichen, wie sie unter den besonderen Verhältnissen der Landwirtschaft nötig ist,
4. Maßnahmen, die dem Bauern bei seiner wichtigsten Aufgabe helfen, den Boden gesund zu erhalten und seine Leistungsfähigkeit zu steigern.

Da der landwirtschaftlich zu nutzende Boden heute der wichtigste Bestandteil des Volksvermögens darstellt, darf er nicht zum Spekulationsobjekt werden, weder im Wege des Verkaufes noch auf dem Umwege über Verpachtung. Der Staat hat darüber zu wachen, daß der Bodenpreis den realen Wert des Bodens nicht übersteigt, daß der Pachtpreis nicht höher ist als die Verzinsung des Bodenwertes beträgt. Landwirtschaftliche Betriebe, die im Besitz von Nichtlandwirten sind und als Kapitalanlagen betrachtet werden, sollen so schnell wie möglich in den Besitz dessen überführt werden, der den Boden selbst bearbeitet, evtl. auf dem Umwege der Uebernahme durch den Staat und anschließender Verpachtung.

Der landwirtschaftliche Besitz des Staates (Domänen) darf nicht länger dazu dienen, landwirtschaftlichen Großunternehmern ein hohes Einkommen zu sichern. Die laufenden Pachtverträge müssen im Zuge der Uebernahme der Großbetriebe aufgelöst werden.

Bei der Uebernahme der Großbetriebe muß gründlich mit der Halbheit gebrochen werden, an der alle früheren Siedlungsbestrebungen gescheitert sind, trotz z. T. ausreichender gesetzlicher Handhabe. Die Ablösung des Großgrundbesitzes darf nicht an den Entschädigungsforderungen der bisherigen Eigentümer scheitern. Weder der Staat noch die neuen Betriebe dürfen finanziell zugunsten der früheren Besitzer fühlbar belastet werden. Bei der Festsetzung von Entschädigungen für die Wegnahme des Bodens müssen in erster Linie nicht die Privatinteressen der Grundherren, sondern das Volksinteresse berücksichtigt werden. Dann kommen die Gesichtspunkte der Notwendigkeit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entmachtung und der Heranziehung zur Wiedergutmachung des Schadens, den der Großgrundbesitz — zuletzt durch seine enge Verbindung mit dem Faschismus — dem Volksganzen politisch und sozial zugefügt hat.

Da in der Landwirtschaft unter bestimmten Bedingungen und für besondere Aufgaben neben Familienbetriebe auch Großbetriebe ihre Berechtigung haben (Versuchsgüter, Saatgutwirtschaften, genossenschaftliche Musterbetriebe, Betriebe, in denen verstärkter Einsatz großer Maschinen notwendig ist, etwa bei Urbarmachungen) widerspricht die Weiterführung großer Betriebe in ihrer bisherigen Form nicht der Forderung nach Schaffung von Bauernbetrieben. Das trifft besonders auf Staatsbetriebe zu, durch deren Weiterführung der Allgemeinheit ein ständiger Einfluß auf die Entwicklung gesichert werden soll. (s. o. Punkt 4.)

Dem Bodenbesitzer, der seinen Acker nicht sorgfältig bebaut, die zur Verfügung stehende Arbeitskraft und die übrigen Betriebsmittel nicht verantwortungsbewußt einsetzt und so seine Pflicht gegenüber der Allgemeinheit verletzt, muß das Eigentum zugunsten eines tüchtigeren Wirtes entzogen werden. Bei Unvermögen zur sachgemäßen Bewirtschaftung erfolgt der Uebergang im Wege der Verpachtung. Bei festgestellter Böswilligkeit wird bei der Enteignung eine Entschädigung nicht gezahlt.

Landwirtschaftliche Erzeugung

Zur Sicherung der Volksernährung wird den Landwirten die Aufgabe gestellt, mit Fleiß und Sachkenntnis dem Boden einen möglichst hohen Ertrag abzugewinnen. Maßstab für den Ertrag ist die Leistung des Betriebes für die Volksernährung. Der landwirtschaftliche Anbauplan ist ein Teil der Gesamtplanung der Volkswirtschaft. Von den Forderungen zur Versorgung der Verbraucher dürfen Sonderwünsche nur so weit berücksichtigt werden, wie sie sich ohne Schädigung des Bodens und ohne wesentliche Störungen des stetigen Ablaufes der bäuerlichen Wirtschaft erfüllen lassen. Selbstverständlich wird bei der Gesamtplanung das Streben maßgebend sein, die Lebenshaltung über das Existenzminimum so weit wie möglich heraufzuheben. Das darf aber nicht auf Kosten der dauernden Leistungsfähigkeit der Böden durch Raubbau oder auf Kosten der Arbeitskraft und Freizeit des Landvolkes geschehen.

Die Steigerung der Produktion liegt im Interesse der Erzeuger wie der Verbraucher, denn mit vermehrter Erzeugung steigt der Anteil mit dem der Verbraucher versorgt werden kann, steigt aber auch der Anteil des Erzeugers am Gesamtertrag der Volkswirtschaft. Er kann dafür einen größeren Teil handwerklicher oder industrieller Erzeugnisse beziehen. Bei der heutigen Abhängigkeit der ganzen Existenz des deutschen Volkes von seiner eigenen landwirtschaftlichen Erzeugung sind alle Anstrengungen zur Hebung der Produktion lebenswichtig für alle. Hierin liegt die Interessengleichheit der Erzeuger und Verbraucher an allen Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung begründet.

Zur Unterstützung der Anstrengungen der Bauern auf Steigerung der Erzeugnisse.

1. Förderung aller Einrichtungen des landwirtschaftlichen Forschungs- und Schulwesens einschließlich der Dorfschulen.
2. Bereitstellung aller Betriebsmittel wie Kunstdünger, Maschinen und Geräte zu billigen Preisen. Einflußnahme auf die Erzeugung dieser Betriebsmittel. (Verstaatlichung der Düngemittelfabrikation.)
3. Bevorzugung des flachen Landes beim Wiederaufbau der Verkehrswege, der Elektrizitätsversorgung, der sozialen Einrichtungen zur Volksgesundheit.
4. Uebernahme aller nur möglichen Meliorationsarbeiten zur Bodenverbesserung und Klimaverbesserung. — Flurbereinigung.
5. Anpassung aller Zweige der Verwaltung, soweit sie mit der Landwirtschaft zu tun haben, an die besondere Umstände in der Landwirtschaft.

Sicherung der ländlichen Lebenshaltung

Die großzügige Lebenshaltung der Großgrundbesitzer und der behäbige Wohlstand vieler größerer Bauern darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lebenshaltung des überwiegenden Teiles der Landbevölkerung weit hinter der städtischen Bevölkerung zurückbleibt. Das wird um so deutlicher, je mehr man die zur Lebenshaltung außer der Ernährung gehörigen Ansprüche betrachtet. Ungenügende Abwechslung in der Ernährung, ungesunde Wohnungen, Fehlen hygienischer und sanitärer Einrichtungen, körperliche Ueberanstrengung — besonders der Frauen und Kinder —, fehlende Freizeit — kein Urlaub, keine durchgehende Arbeitsruhe am Wochenende — keine befriedigende Entspannungs- und Unterhaltungsmöglichkeit, das sind noch nicht einmal alle Punkte, in denen das Land hinter der Stadt zurückbleibt. Es ist eine einfache Forderung der Gerechtigkeit in einem demokratischen Staat, daß diese Benachteiligung verschwinde. Das Unrecht ist um so größer, als es den Teil des arbeitenden Volkes betrifft, der viel

mehr als irgend ein anderer Teil die Voraussetzungen für das Leben der Gesamtheit schafft. Zur Ueberwindung dieses Zustandes ist es nötig, im Bewußtsein des ganzen Volkes die wirkliche Bedeutung der Landwirtschaft in den Vordergrund zu rücken und von dem Makel zu befreien, der ihre Unterbewertung — materiell und ideell — verschuldet hat. Es muß jedem, der in Deutschland ein Stück Brot bricht, klar gemacht werden, daß unser ganzes nationales Leben von dem Brot abhängt, das auf unseren Aeckern wächst. Wenn die Geringschätzung der Bauernarbeit nur eine Gedankenlosigkeit war, als die industrielle Erzeugung und der Verkehr mit dem Auslande scheinbar wichtiger war als die eigene landwirtschaftliche Erzeugung, — heute, wo wir durch den Zusammenbruch der Politik des Größenwahns und Verbrechens ganz auf uns selber gestellt sind, können wir eine solche Oberflächlichkeit des Denkens nicht mehr dulden.

Die Bedeutung der Landwirtschaft für die Existenz der Gesamtheit darf aber nicht wie bei den Nazis nur mit billigen Worten gefeiert werden, sie muß in erster Linie in der wirtschaftlichen Bewertung der Landarbeit zum Ausdruck kommen. Heute, nach dem Zusammenbruch des Wirtschaftssystems, in dem eine kleine Gruppe auf Kosten der Allgemeinheit hohe Gewinne zu erzielen versuchte, haben wir es beim Neubau leicht, das richtige Verhältnis innerhalb der Volkswirtschaft wiederherzustellen, wenn wir den Willen und den Mut zur Ehrlichkeit haben. Die Festsetzung der Preise und Löhne muß heute in Deutschland von der Feststellung der Ernährungskosten ausgehen. Die Kosten für die Ernährung errechnen sich nach den Preisen, die der Landwirtschaft gezahlt werden müssen, damit sie ihre Betriebe ordnungsmäßig und erfolgreich führen und die in ihr eingesetzte Arbeitskraft entsprechend den gegenwärtigen Umständen entlohnen kann. Dabei wird zwischen dem Betrag, den der selbstarbeitende Bauer für seine persönlichen Bedürfnisse verwenden kann — Naturalentnahme aus der eigenen Wirtschaft eingerechnet — und dem Lohn eines vollwertigen landwirtschaftlichen Facharbeiters kein großer Unterschied sein.

Bei dieser Art der Berechnung wird die Lebenshaltung des Landvolkes in allen seinen Gliederungen Richtschnur für die Lebenshaltung aller arbeitenden Menschen in Deutschland sein. Daran muß um so mehr festgehalten werden, als jetzt, nach dem Wegfall vieler anderer Verdienstmöglichkeiten in Industrie und Handel und wegen der Notwendigkeit, früher eingesetzte ausländische Arbeitskräfte durch deutsche zu ersetzen, große Massen aus den Trümmerfeldern der Städte und Fabriken auf das Land überführt werden müssen. Da ihre Mitarbeit in der Landwirtschaft außerdem für die Steigerung der Erzeugung und die Sicherung der Ernährung unentbehrlich ist, darf ihre Umsetzung keine Deklassierung sein, es muß alles getan werden, um ihnen die Umstellung leichter zu machen.

Werden die hier angedeuteten Aufgaben richtig gelöst, dann wird damit zugleich der entscheidende Schritt zur Ueberwindung der Verstädterung getan, an der unser Volk an Leib und Seele erkrankt ist. Zum Neubau eines demokratischen Volksstaates gehört auch die Bekämpfung dieser Erscheinung, die unter der Nazi-Herrschaft ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Die Landarbeiterfrage

Die Sozialdemokratische Partei kämpft für die Besserung der Lage der Landarbeiter, wie sie die Interessen der Industriearbeiterschaft vertritt, weil beide Gruppen als Arbeitnehmer zusammengehören und ein gemeinsames Recht haben, — das Recht auf den vollen Ertrag ihrer Arbeit und auf politische Gleichberechtigung. Der Weg zur Erkämpfung dieses Rechtes ist die solidarische Zusammenarbeit aller Arbeiter in der Partei und der Gewerkschaft. Gerade jetzt, wo es sich darum handelt, die Lasten des verlorenen Krieges richtig zu verteilen, darf auch

die Kraft der Landarbeiter, deren Zahl noch zunehmen wird, in den Organisationen nicht fehlen.

Zur Ueberwindung des wirtschaftlichen und sozialen Rückstandes der Landarbeiter gegenüber den Arbeitern in der Industrie ist es nötig, die Lage der Landwirtschaft allgemein zu bessern, vor allem aber, den antisozialen Einfluß des Großgrundbesitzes endgültig zu brechen. Auf diese Aufgaben konzentriert die Sozialdemokratie ihre Kraft, nicht nur im Interesse der Landarbeiter.

Im Einzelnen werden folgende Forderungen in den Vordergrund gestellt:

1. Völlige Gleichstellung des Landarbeiters mit allen anderen Arbeitern in den Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen, der sozialen Fürsorge. Die besonderen Umstände der Landarbeit wie Arbeit im Freien und bei schlechtem Wetter, Sonntagsarbeit zur Viehpflege usw. dürfen nicht länger zu Lasten der Landarbeiter gehen, sondern müssen ausgeglichen werden.
2. Zur Sicherung der Unabhängigkeit der Landarbeiter von ihren Arbeitgebern muß das System der Werkswohnungen sofort aufgegeben werden. Alle Arbeiterwohnungen sollen sofort in den Besitz der Gemeinden überführt werden, die aus den eingehenden Mietbeträgen die Unterhaltung und Amortisation vornehmen. In Anbetracht der schweren Schädigungen vieler Generationen von Landarbeiterfamilien durch das System der Werkswohnungen, das vielfach eine tatsächliche Versklavung darstellte, ist es zu verantworten, wenn bei der Uebernahme nur eine minimale Endschädigung an den Vorbesitzer gezahlt wird. Die schnelle und radikale Durchführung dieser Maßnahme ist zugleich die Voraussetzung für das Wachsen eines freien politischen Lebens in den Landgemeinden und damit ein wesentlicher Beitrag zur Entstehung eines demokratischen Volksstaates.
3. Zur Sicherung der Durchführung aller Maßnahmen zum Schutze der Landarbeiter sind besondere Kontrollorgane aus den Kreisen der organisierten Arbeiter einzusetzen. Bei der bisherigen politischen Isolierung und der dadurch bedingten mangelnden Erfahrungen in allen Fragen des Arbeits- und Sozialrechtes ist eine solche zusätzliche Sicherung der Landarbeiter unumgänglich nötig.

Landwirtschaftliche Selbstverwaltung und landwirtschaftliches Genossenschaftswesen

Im Zuge der Dezentralisierung von Wirtschaft und Verwaltung und der Zerschlagung der Großindustrie, wie sie außer den bisher geschlossenen Maßnahmen noch verstärkt im Friedensvertrag gefordert werden, wird sich das gesamte deutsche Leben neu organisieren müssen. Es kommt nun darauf an, das Nötige mutig und entschlossen zu tun, nicht zu zögern, nicht am Alten zu kleben, wenn es doch nicht erhalten bleiben kann. Neue Wege muß auch die Landwirtschaft der selbstarbeitenden Bauern gehen, sowohl innerhalb ihrer Betriebe, wie auch in ihrem Verhältnis zum Volksganzen.

Die landwirtschaftliche Selbstverwaltung soll auf breiter, demokratischer Grundlage aufgebaut sein. Sie darf keine Domäne der größeren Besitzer sein, kein Machtinstrument des Staates, wie es der Reichsnährstand mit seinen Renomierbauern war. Erste Aufgabe der Selbstverwaltung ist die Kontrolle und Beurteilung der Bauernarbeit durch Bauern nach den Grundsätzen fortschrittlicher Landwirtschaft. Dazu tritt gleich wichtig die Zusammenarbeit mit den Organen des Staates zur Festsetzung der Pflichten und der Ansprüche der Landwirtschaft gegenüber der Allgemeinheit im Rahmen der Gesamtwirtschaftsplanung. Oberstes Ziel der

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Selbstverwaltung muß sein, die deutschen Bauern, die Betreuer des wichtigsten materiellen Besitzes des Volkes, zur Erkenntnis ihrer großen Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk zu bringen und dafür zu sorgen, daß das Landvolk seinen vollen Beitrag zum Neubau von Volk und Staat leisten kann. Dazu gehört auch die Vertretung der sachlichen und ideellen Forderungen der Landwirtschaft, die Kontrolle und Leitung der Einrichtungen zur Förderung der Betriebe. Die Selbstverwaltung soll aber keine einstirnige Interessenvertretung sein, sondern ein gleichberechtigter Teil der deutschen Wirtschaftsverwaltung und -Planung.

In der deutschen Bauernlandwirtschaft — und dazu soll die Landwirtschaft sich mit Hilfe der Bodenreform entwickeln —, haben die Genossenschaften eine besondere Bedeutung. Der Staat soll sie deshalb in jeder Hinsicht fördern durch Maßnahmen der Besteuerung wie der Verwaltung, ohne Rücksicht auf Sonderinteressen, Gut geleitete Genossenschaften sollen die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung in den Beziehungen der Bauern mit anderen Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftszweigen ergänzen. In den Genossenschaften soll die ganze wirtschaftliche Kraft der Bauernlandwirtschaft konzentriert werden. Eine solche Zusammenfassung ist nicht nur für die Bauern selbst von Bedeutung, sondern auch für die Gesamtplanung der deutschen Volkswirtschaft. Es muß zur Vermeidung verteuernder und unübersichtlicher Handelsumwege erreicht werden, daß die Genossenschaften der Erzeuger die Waren bis unmittelbar an den Verbraucher heranbringen, über größere Entfernungen mit Hilfe einer Genossenschaftszentrale und der Verbrauchergenossenschaften. Die Genossenschaften, die den Absatz versorgen, müssen zugleich die Qualitätskontrolle ausüben. Genossenschaften zur Versorgung der Landwirtschaft mit Betriebsmitteln müssen so zusammengefaßt werden, daß sie das ganze Gewicht des landwirtschaftlichen Bedarfes einsetzen können. Nur auf diese Weise können sie auch den nötigen Einfluß auf die Erzeugung von Maschinen, Geräten usw. ausüben, wie es für die Entwicklung der Technik in der Landwirtschaft nötig ist.

Besondere Aufmerksamkeit muß dem Ausbau von Betriebsgenossenschaften gewidmet werden. Sie werden gegen früher ein ausgedehnteres Arbeitsfeld haben, wenn Großbetriebe in genossenschaftliche Bewirtschaftung überführt werden. Außerdem wird sich bei den Bestrebungen zur Hebung der Leistungsfähigkeit kleiner und kleinster Betriebe zeigen, daß vielfach nur eine genossenschaftliche Bewirtschaftung die Arbeitskraft und die technischen Hilfsmittel erfolgreich zum Einsatz bringen kann. Die Betriebsgenossenschaften müssen durch Beispielwirtschaften mit genossenschaftliche Betriebsführung das bestehende Mißtrauen und den ängstlichen Egoismus überwinden, durch die heute in den Zwergbetrieben trotz großer persönlicher Opfer der Betreffenden der Volkswirtschaft wertvolle Arbeitskraft und Bodenerträgnisse verloren gehen. Die Auswahl geeigneter Menschen, ihrer Erziehung zu genossenschaftlichem Denken und ihrer Ausbildung müssen alle beteiligten Stellen ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden.

Landwirtschaftliche Finanz- und Steuerpolitik

Der Besitz selbstarbeitender Bauern soll nur in den oberen Größenklassen besteuert werden. Dabei sind die Besitzer stärker heranzuziehen, die durch günstige Verhältnisse, gute Böden, Klimalage usw. von der Natur begünstigt sind. Vom Betriebsgewinn soll nur der Teil versteuert werden, der über den Lohn für seine persönliche Arbeit und die seiner Familie sowie über die geldliche Entschädigung für seine Verantwortung als Betriebsleiter hinausgeht. Auch in der landwirtschaftlichen Steuerpolitik muß der Grundsatz herrschen, daß zur gerechten Verteilung der Lasten des verlorenen Krieges und der Schuld, die das ganze Volk nach dem Hitlerverbrechen gemeinsam zu verantworten hat, das Arbeitseinkommen aller im Rahmen der Arbeitsplanung mitarbeitender Menschen nur nach der ihnen

obliegenden besonderen Verantwortung (z. B. als Betriebsführer) oder entsprechend der über das normale Maß hinausgehenden Arbeitszeit gestaffelt sein darf, nicht aber nach anderen Gesichtspunkten, wie etwa der gesellschaftlichen Stellung. Keinesfalls aber darf der Ertrag landwirtschaftlicher Arbeit auf dem Umwege über die Besteuerung geringer sein als der einer anderen Arbeit.

Bei dem Einsatz öffentlicher Mittel soll die in diesen Programmforderungen wiederholt erwähnte Tatsache, daß die Landwirtschaft, besonders unter den Verhältnissen nach dem Kriege der wesentlichste Faktor der Volkswirtschaft ist, voll Rechnung getragen werden. Alle hier aufgeführten Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft sind wichtiger als alle aussichtslosen Versuche, die zerbrochene Form des früheren Lebens wieder zu leimen. Nur auf einem gesunden Fundament kann sich das deutsche Volk wieder aufbauen. Unter den uns bekannten Umständen und den Bedingungen die wir zu erwarten haben, wird eine leistungsfähige Bauernwirtschaft dieses Fundament sein müssen.

Die Diktatur des Kapitalismus über das deutsche Volk ist zerbrochen. Der letzte Versuch, nicht nur das eigene Volk, sondern alle europäischen Völker dauernd zu unterjochen, ist von den Waffen der vereinigten Demokratie zerschlagen worden. Der Nationalsozialismus, die Schutzgarde der Unterdrücker, hat durch Terror und Lügen das arbeitende Volk gezwungen, den Weg zu gehen, der in den Abgrund führte. Das Spiel der Herren ist aus und vor den Trümmern seiner einst so reichen Habe steht das arm gewordene Volk. Keiner von denen, die ihm dieses Schicksal bereitet haben, will nun die Verantwortung übernehmen, nur die, die hinter den Kulissen des dritten Reiches an den Fäden gezogen haben und glauben, unerkannt geblieben zu sein, schicken sich an zu retten, was für sie noch zu retten ist — auf Kosten des Volkes, das nun für das Verbrechen büßen soll.

Die Sozialdemokratische Partei, das sind die Männer und Frauen, die für ihre Ueberzeugung und wegen ihres Kampfes gegen den Nationalsozialismus in die Zuchthäuser und Konzentrationslager gegangen sind und nun wieder vor die Front der arbeitenden Menschen treten, die vielen Tausende, die trotz Terror und Verleumdung auch unter dem Druck der Diktatur der Idee der Freiheit und des Menschenrechtes, wie der wahre Sozialismus sie verkündet, treu geblieben sind. In der Stunde, die darüber entscheidet, ob Deutschland in dem nationalsozialistischen Chaos untergehen soll oder ob es als ein neues Reich der Freiheit und Gleichberechtigung für alle arbeitenden Menschen wieder erstehen wird, ruft die Sozialdemokratie alle, die an der Zukunft mitbauen wollen, in ihre Reihen. Alle, die in Stadt und Land von ihrer Arbeit leben, sind aufgerufen. Vom Grabe des Kapitalismus führt nur ein Weg hinweg: Der Weg in die sozialistische Gesellschaft.

Die Sozialdemokratische Partei hat in den Jahren ihres Bestehens einen unermüdlichen Feldzug für diese Erkenntnis geführt. Sie hat zuerst den Massen der Industriearbeiter gezeigt, wie sie sich gegen Ausbeutung und politische Unterdrückung durch Zusammenschluß in einer mächtigen Organisation schützen müssen. Trotz vieler Widerstände von dem Gegner der Freiheit und der Wahrheit ist damals die Organisation der Partei zu einer Vereinigung von Millionen geworden, von denen jeder freiwillig für die Ziele des Sozialismus seine Stimme abgegeben hat. Als der Kapitalismus sah, daß immer größere Kreise des Volkes erkannten, wo die Ursache ihres wirtschaftlichen Elends lag und die Gefahr immer näher rückte. Daß die Sozialdemokratische Partei die Mehrheit des Volkes unter ihrem Programm der Befreiung der Arbeit von Elend und Ausbeutung zum entscheidenden Schlag gegen den Kapitalismus vereinigen würde, hetzte er die Hunde der Diktatur auf die Vorkämpfer für Recht und Freiheit. Viele Jahre hat der Kampf gedauert, der schon lange nur noch Mord an Wehrlosen war. Aber schließlich zerbrach die Gewalt und wieder kann die Sozialdemokratie die Massen aufrufen. Sie muß ihnen aber sagen, daß nach Hitlers Wahnsinnstaten alles viel schwerer geworden ist, daß nur äußerste Anspannung aller Kräfte nach einem Plan das Volk aus dem Abgrund retten kann, in den die Diktatur es gestürzt hat. Große

Anstrengungen und große Opfer müssen von allen gefordert werden, wenn wir die Verpflichtungen erfüllen wollen, die uns nach dem verlorenen Krieg auferlegt werden und außerdem das eigene Volk ausreichend ernähren wollen. Wenn wir nicht guten Willen zeigen, unsere Verpflichtungen gegenüber der Welt zu erfüllen, wird man kein Erbarmen mit uns haben, uns keine Hilfe zuteil werden lassen. Wenn wir unserem Volk nicht Arbeit und Nahrung sichern, wird unter den führer- und richtungslos gewordenen Massen ein Kampf aller gegen alle ausbrechen, in dem ganz Deutschland — auch noch der letzte Hof, der bisher noch vor den Schrecken des Krieges verschont blieb, untergehen muß.

Aus der Feuerprobe des Faschismus ist die Sozialdemokratische Partei geläutert hervorgegangen, Schlacken sind abgefallen, die alte Kraft hat sich bewährt. Sie will die Verantwortung für die neue Zeit übernehmen, weil sie den Weg dahin weiß. Wenn jetzt auch das arbeitende Landvolk vertrauensvoll ihrer Führung folgt, wird das große Ziel erreicht werden:

Aus dem faschistischen Chaos in die freie sozialistische Gemeinschaft, in der das gesunde Fundament des Staates demokratische Dorfgemeinden sind, in denen der Bauer als freier Mann mit seiner fleißigen Arbeit das tägliche Brot für alle schafft und von allen arbeitenden Menschen Hilfe und Achtung empfängt.